

Kein autobahnähnlicher Ausbau der L419!

Verkehrswende geht anders.

"Bündnis gegen den Ausbau der L419" demonstriert am 16.3. in Ronsdorf Verkehrswende geht anders: Mit dem Planfeststellungsbeschluss wird Straßen NRW ermächtigt, die Parkstraße/L419 autobahnähnlich auszubauen. Dieser Ausbau entlastet die Straßen nicht, sondern bringt nur mehr Autoverkehr, mehr Emissionen und Naturzerstörung nach Ronsdorf. In der Klima- und Biodiversitätskrise sollte die Landesregierung die aus der Zeit gefallene Ausbauplanung beenden, zumal selbst die bestehenden Verkehrswege marode und unterfinanziert sind. Dafür demonstriert das "Bündnis gegen den Ausbau der L419" am Samstag, dem 16. März ab 13 Uhr am Lichtscheider Wasserturm.

Was geplant ist

Der Ausbau der L419 ist in zwei Bauabschnitten geplant: Als Erstes soll die Parkstraße von Lichtscheid bis Erbschlö auf insgesamt sechs Fahrstreifen erweitert werden. Im Anschluss daran folgt der Anschluss an die A1. "Die Vergrößerung des 2,3 km langen Straßenabschnittes bedeutet einen erheblichen Eingriff in die angrenzenden Landschafts- und Naherholungsgebiete", stellt Roman Müllenschläder vom NABU Wuppertal fest. Ein großer Teil der an die Straße angrenzenden Parkanlage muss gerodet werden. Insgesamt sind es 5,5 Hektar Wald mit teils über 100-jährigen Buchen und Eichen, die dem Ausbau zum Opfer fallen – eine Flächenversiegelung mit zu erwartenden klimatischen Folgen für Ronsdorf und Umgebung.

Während es beim Ausbau der erneuerbaren Energien gute Fortschritte gibt, stellt der Verkehrsbereich das Sorgenkind deutscher Klimaschutzpolitik dar. Erstmals liegt die Erderwärmung durchschnittlich zwölf Monate lang 1,5 Grad über dem Referenzzeitraum. Experten sprechen von einer „Warnung an die Menschheit“, doch im Düsseldorfer Landtag wurde diese Warnung ignoriert. "Es ist unverständlich, dass gerade zu dieser Zeit die Planungen am autobahnähnlichen Ausbau der L419 durch die Landesregierung unvermindert fortgesetzt werden", sagt Ralf Weyer von Greenpeace Wuppertal.

Dennoch wird an den Plänen festgehalten. Dabei wird alleine der erste Bauabschnitt 53 Millionen Euro kosten, der zweite weitere 56,48 Millionen. Zudem wird der öffentliche Personalverkehr (ÖPNV) unter dem Ausbau leiden. So wird es durch die Umleitung der Busse zu verlängerten Fahrtzeiten kommen, was den ÖPNV nochmals unattraktiver macht. Gleiches gilt für Radfahrer*innen, da mit dem Ausbau der L419 die Geh- und Radwege deutlich reduziert werden. Eine gleichberechtigte Planung, wie im Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz (FaNaG) vorgesehen, ist so nicht gegeben.

„Was wir brauchen, ist eine echte Verkehrswende“

Für Irmgard von Köller von "Mobiles Wuppertal" ist es unverständlich, dass die veranschlagten 53 Millionen Euro nicht in den Ausbau der Rad- und Fußinfrastruktur und den Ausbau des Nahverkehrs gesteckt werden. „Wenn wir jetzt nicht umsteuern und etwas für den Klimaschutz tun, wird es zu spät sein. Wir brauchen keine neuen Autobahnen. Was wir brauchen, ist eine echte Verkehrswende. **Jetzt.**“